

oeku-buero.de

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Präsidenten von El Salvador und Guatemala stellen sich gegen Venezuela

07.11.2019 15:18

Von Marta Andujo, amerika21

Caracas. Die Regierungen von Venezuela und El Salvador haben ihre Beziehungen abgebrochen und jeweils die diplomatischen Vertretungen der anderen Nation geschlossen. Zunächst kündigte der rechtsgerichtete salvadorianische Präsident Nayib Bukele an, alle venezolanischen Diplomaten des Landes zu verweisen. Er vertrat die Auffassung, dass Präsident Nicolás Maduro keine Legitimität habe, und versprach, Vertreter des Oppositionsführers Juan Guaidó zu empfangen, der sich im Januar mit Unterstützung Washingtons zum "Interimspräsidenten" erklärt hatte. Caracas reagierte am Tag darauf und gab dem diplomatischen Korps El Salvadors 48 Stunden Zeit, das Land zu verlassen.

El Salvador trat im Juni der US-geführten Koalition von rund fünfzig Ländern bei, die den venezolanischen Oppositionsführer unterstützen. Eine große Mehrheit der Länder weltweit erkennt weiterhin Maduro an, darunter Indien, China, Südafrika und Russland. Viele andere Länder arbeiten weiterhin mit Caracas, obwohl sie Guaidó offiziell unterstützen.

Bukele übernahm das Präsidentenamt am 1. Juni nach seinem Wahlsieg über die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), mit der die Regierung Maduro enge Beziehungen unterhielt. Die Entscheidung des neuen Präsidenten stieß auf gemischte Reaktionen. Die FMLN bezeichnete sie als "faschistischen Zug". "Der Verkauf der nationalen Souveränität im Dienste der Interessen einer fremden Macht verdient weder Respekt noch Gehorsam", so der FMLN-Offizielle, Raúl Llarul. Indes äußerte der US-Botschafter in El Salvador, Bukele sei "auf der richtigen Seite der Geschichte".

In Venezuela dankte Oppositionsführer Guaidó Bukele für seine "große Unterstützung" und dafür, dass er das "Regime Maduros weiter isoliert" habe.

Der Präsident Venezuelas nannte Bukele einen "Schwachkopf", während sein Außenminister Jorge Arreaza über Twitter den salvadorianischen Präsidenten angriff und vorschlug, ihn zu Washingtons "Mitarbeiter des Monats" zu ernennen.

Nach dem Schritt von El Salvador erklärte auch der designierte Präsident des benachbarten Guatemala, Alejandro Giammattei, er plane zu seinem Amtsantritt am 14. Januar, die Beziehungen zur Regierung Maduro zu beenden. Giammattei war im vergangenen Monat die Einreise nach Venezuela verweigert worden, nachdem er diese – angeblich mit einem italienischen Pass ausgestattet – versucht hatte.

Entgegen dem diplomatischen Kurs von El Salvador und Guatemala kündigte der kommende Präsident von Argentinien, Alberto Fernández, der bei den Präsidentschaftswahlen am 27. Oktober als Mitte-links-Kandidat über Mauricio Macri siegte, an, den regionalen Block der rechten Regierungen zu verlassen und sich nicht mehr in innere venezolanische Angelegenheiten einzumischen. Damit verliert die Lima-Gruppe, der eine Reihe von rechtsregierten lateinamerikanischen Ländern sowie Kanada angehören und die an der Seite Washingtons eine Politik des Regime Change in Venezuela verfolgt, ein wichtiges Mitglied.

Zurück zur Newsübersicht